



Gespräch Jurek Beckers mit dem Hauptabteilungsleiter Verlage Höpcke

26. September 1977

Hinweise auf Reaktionen Jurek Beckers auf die Aussprache beim Genossen Klaus Höpcke zu seinem Auftreten in der BRD [Bericht K 3/21]

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 5536, Bl. 1–4.

Serie

Ablage K 3 (Kunst, Kultur u. a. Bereiche).

Verteiler

Kein Nachweis für externe Verteilung – MfS: Mielke, Mittig, Kienberg, Schorm (ZAIG), Irmeler (Leiter ZAIG), Ablage.

Das Gespräch zwischen Genossen Höpcke und Becker fand am 13.9.1977 statt. Becker wurde dabei nachdrücklich aufgefordert, sein verleumderisches Treiben gegen unsere Gesellschaftsordnung und ihre Organe einzustellen, mit denen er sich in die psychologische Kriegsführung des Gegners einordnet.

Ihm wurde Rat und Hilfe im Zusammenhang mit der Arbeit an seinem Romanmanuskript und seinem literarischen Schaffen überhaupt zugesichert, sofern er das wünsche und brauche.

Andererseits wurde ihm deutlich zu verstehen gegeben, dass sich die DDR bei Entscheidungen über Buchveröffentlichungen durch politischen Druck aus der BRD nicht beeinflussen lassen wird.

Becker war unmittelbar vor der Aussprache ein Brief des Genossen Höpcke übergeben worden, in welchem – da Becker nach früheren Aussprachen Behauptungen verdrehte und unrichtig wiedergab – Genosse Höpcke seine Meinung zu Aspekten der gegenwärtigen Haltung Beckers schriftlich fixiert hatte.

Im Zusammenhang mit der bei Genossen Höpcke geführten Aussprache muss gesehen werden, dass sich Becker am 15.9.1977 mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der BRD,¹ Gaus, zu einem ca. 2-stündigen Gespräch traf. (Über den Inhalt liegen keine Hinweise vor.) Dem MfS wurde streng vertraulich die Absicht Beckers bekannt, als Reaktion auf den Brief und das Gespräch beim Genossen Höpcke ebenfalls einen »Brief« an Genossen Höpcke zu schreiben.

Er beabsichtigte, in diesem »Brief« bestimmte vom Genossen Höpcke formulierte »Anschuldigungen« aufzugreifen und zu widerlegen. Er wolle darauf hinweisen, er halte die Kulturpolitik der DDR »in manchen Punkten« [für] verfehlt, und dies sei und bleibe Gegenstand seiner Äußerungen. Er sei der Ansicht, Meinungsverschiedenheiten müssten in der DDR unbedingt öffentlich ausgetragen werden. Seine »bewegliche Methode«, seine Meinung in westlichen Zeitungen zu veröffentlichen, wolle er beibehalten, solange er in der DDR nicht ohne Zensur veröffentlichen dürfe. Er fühle sich nicht als »Wortbrüchiger«, wie Genosse Höpcke ihn in seinem Schreiben bezeichnet habe, er hat nie ein Wort gegeben. Er – Becker – halte den Ton im Brief des Genossen Höpcke für »bedrohlich«, und es würde ihn nicht erstaunen, wenn er als »Agent« bezeichnet würde. Solche Praktiken habe es in den letzten Monaten mehrfach gegeben. Offensichtlich werde angenommen, mit Drohungen Meinungsverschiedenheiten aus dem Weg räumen zu können.

Becker habe vor, in seinem »Brief« die am 13.9.1977 Genossen Höpcke gegebene Zusage, bis auf Weiteres nicht mehr in westlichen Massenmedien aufzutreten, zurückzuziehen, da es ihm im Nachhinein »unangenehm« sei, ein solches Versprechen abgegeben zu haben. Becker sei der Auffassung, der von ihm vorgesehene »Brief« werde einen »Skandal« hervorrufen und Anlass zu einer erneuten Aussprache sein. Dazu würde er jedoch nicht erscheinen, er habe »keine Lust«, an solchen Aussprachen teilzunehmen. Er wolle auch in Zukunft so viele Menschen in der DDR wie nur möglich von seinen Ansichten »überzeugen«. Er sei nicht damit einverstanden, dass nur »gewisse« Ansichten zugelassen würden.

Becker sei in einem individuellen Gespräch darauf hingewiesen worden, falls er seine Haltung nicht ändere, könnte die DDR evtl. daran interessiert sein, sich von ihm zu trennen. Daraufhin habe Becker versichert, dass er dies nicht beabsichtige.

Diese Information ist nur zur persönlichen Kenntnisnahme geeignet!

In Art. 8 des Grundlagenvertrags zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 21.12.1972 wurde die Einrichtung Ständiger Vertretungen beschlossen. (Der Grundlagenvertrag. Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Hg. v. Gesamtdeutschen Institut. Bonn 1973, S. 3 f.) Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR nahm ihre Arbeit im Mai 1974 auf; erster Leiter (bis 1981) wurde der bisherige Staatssekretär im Bundeskanzleramt Günter Gaus. Zur Geschichte der Ständigen Vertretung vgl. Boysen, Jacqueline: Das »weiße Haus« in Ost-Berlin. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR. Berlin 2010.